**Frankreich eifert Deutschland nach**

Frankreichs Präsident Sarkozy benutzt den Verlust des Triple-A, um Druck auf die Gewerkschaften zu machen. Er will die Arbeitskosten senken und prüft höhere Mehrwertsteuern.

*Stefan Brändle aus Paris*

Starke und rasche Entscheidungen seien nötig, meinte Nicolas Sarkozy gestern, Mittwoch, im Anschluss an ein Treffen mit Sozialpartnern, das er kurzfristig in "Krisengipfel" umgetauft hatte. Nach dem Verlust des AAA-Ratings bei Standard & Poor's suchte Sarkozy den Eindruck einer prompten Reaktion zu vermitteln.

Er will Frankreich wettbewerbsfähiger machen. Die französischen Arbeitsabgaben seien seit 2000 um zwanzig Prozent gestiegen, in Deutschland im gleichen Zeitraum hingegen nur um sieben Prozent, meinte der Staatschef zur Begründung. Damit verliere Frankreich gegenüber seinem "Hauptwettbewerber" ständig an Boden - und damit an Arbeitsplätzen.

Die Arbeitslosigkeit nähert sich in Frankreich nach vielen Jahren wieder der Zehn-Prozent-Schwelle. Drei Monate vor den Präsidentschaftswahlen ist dies für Sarkozy politisch ebenso gravierend wie die Rückstufung durch S&P. Der Staatschef erklärte deshalb, er wolle mit diversen Maßnahmen die Teilzeitarbeit stärken. Dies soll Entlassungen vermeiden, wenn ein Unternehmen seine Produktion nur vorübergehend zurückfahre.

Stellt eine Kleinfirma umgekehrt jugendliche Stellensuchende ein, wird sie von allen Arbeitsabgaben befreit. Damit will Sarkozy die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen, die in Frankreich Ende 2011 fast 24 Prozent betrug. Auch für die Langzeitarbeitslosen lanciert er einen Eingliederungsplan. Zu diesem Zweck werden in den Arbeitsämtern 1000 Beamte eingestellt - durch Umlagerung, nicht durch die Schaffung zusätzlicher Stellen.

Über die Beschäftigungsmaßnahmen hinaus will Sarkozy aber auch strukturell in die Wirtschaftsabläufe eingreifen. So sollen die Sozialabgaben der Arbeitgeber sinken, um den Wettbewerbsverlust gegenüber Deutschland zu korrigieren. Um den Rückgang der Staatseinnahmen zu kompensieren, soll im Gegenzug die Mehrwertsteuer von derzeit 19,6 Prozent um einen oder zwei Punkte angehoben werden.

Der Anführer der Gewerkschaft CGT, Bernard Thibault, lehnte die Maßnahme gestern als "unsozial" ab: Die Arbeitnehmer litten darunter, da ihre Löhne nicht stiegen, während sie eine Steuer ohne jegliche soziale Progression besonders hart treffe.

Sarkozy sprach sich am Mittwoch nicht offen zu dieser Steuerreform aus. Er erklärte aber, dass er sich noch vor Monatsende - zweifellos via Fernsehen - an die Franzosen wenden werde, um diesen Schritt zu erklären. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre sehr unpopulär; nicht nur die Linksopposition, sondern auch ein Teil der Sarkozy-Partei UMP lehnt sie ab.

**"Kamikaze-Präsident"**

Der konservative Staatschef will aber damit paradoxerweise die Präsidentschaftswahlen im April gewinnen. "Sarkozy setzt darauf, dass ihn eine unpopuläre Maßnahme als mutig erscheinen lässt", kommentiert die Zeitung *Libération*. Auch andere Pariser Medien meinen, Sarkozy wolle so abgesprungene Rechtswähler zurückgewinnen, während er auf der Linken ohnehin keine Stimmen machen könne. Allerdings sei das Vorgehen sehr riskant, schätzt *Libération*, die Sarkozy deshalb "Kamikaze-Präsident" nennt.